



AUKUS – Neue Geopolitik in Asien

Die NATO bekommt Konkurrenz

Dr. Rudolf G. Adam

Oktober 2021

Zusammenfassung

Mit dem AUKUS-Abkommen entsteht eine neue Sicherheitsarchitektur am Pazifik: 3+4+5. Die drei Partner von AUKUS, die Quad (USA, Japan, Australien und Indien) und die traditionelle Kooperation der Five Eyes (von denen vier Pazifikanrainer sind). Hinzu kommen die traditionellen bilateralen Sicherheitsgarantien der USA mit Südkorea, Japan und Taiwan. Für Europa bedeutet dies: Die USA werden deutlich weniger Aufmerksamkeit, Verständnis, und Risikobereitschaft für Europa aufbringen. Die transatlantischen Bindungen und damit die NATO werden geschwächt. Die Spannungen mit China wachsen; die Wahrscheinlichkeit eines Konflikts durch Fehlkalkulation oder einen unbeabsichtigten Zwischenfall steigt.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Was ist geschehen?

Australien hat mit den USA und dem Vereinigten Königreich ein Verteidigungsbündnis geschlossen. Kernstück ist der Bau von nukleargetriebenen U-Booten, die die Flotte von sechs dieselgetriebenen Collins-Class U-Booten ablösen sollen, die zwischen 1990 und 2003 mit schwedischer Technologie gebaut worden waren. Das Abkommen sieht auch eine weitreichende Kooperation in der Abwehr von Cyberangriffen, bei Künstlicher Intelligenz und beim Austausch strategischer Information vor. Es wird zu einer intensiveren Kooperation bei Wartung, Einsatzplanung, Aufklärung und gemeinsamen Manövern kommen.

Damit wird ein Abkommen von 2016 hinfällig, mit dem Australien zwölf dieselektrische U-Boote in Frankreich bestellt hatte. Frankreich hat empört reagiert, der Außenminister sprach von Dolchstoß, die Botschafter aus Washington und Canberra wurden nach Paris zurückbeordert. Die Probleme dieses Abkommens sind freilich nicht neu. Noch im Juni 2021 hatte die Regierung in Canberra ihre Unzufriedenheit mit dem Fortgang der Kooperation deutlich gemacht. Statt der ursprünglich veranschlagten 31 Mrd. € sind die Kosten inzwischen auf über 90 Mrd. € gestiegen. Die Auslieferungsfristen haben sich auf 2035-2050 verschoben. Frankreich rügt allerdings zu Recht, dass es nicht vorab über diese Entwicklung informiert wurde. Schließlich versteht sich Frankreich mit seinen Überseegebiet Neukaledonien und Polynesien als Macht im Pazifik. Dort leben 2 Millionen Menschen, dort sind 7.000 Soldaten stationiert.

Was bedeutet das Abkommen?

Australien reagiert damit auf eine wachsende Bedrohung durch China. Seit 2019 haben sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern verschlechtert. Zwar bleibt China Australiens wichtigster Handelspartner - das bilaterale Handelsvolumen übersteigt mit 250 Mrd. A\$ (155 Mrd. €) den Handelsaustausch mit den USA, Japan, Südkorea, Großbritannien und Singapur zusammengenommen. Australien exportiert vor allem Kohle, Eisen- und Uranerz und Nahrungsmittel nach China. China hat einseitig Wirtschaftssanktionen verhängt. China wird für Cyberattacken verantwortlich gemacht, es hat versucht, akademische Lehre zu beeinflussen und chinesische Studenten an australischen Universitäten auf seine Parteilinie einzuschwören. Als Australien eine bessere Aufklärung der Umstände forderte, unter denen die Covid-19-Pandemie in Wuhan ausgebrochen ist, hat China mit erhöhtem Druck solche Forderungen abgeblockt.

Die USA beweisen mit diesem Abkommen, dass sie nach dem demütigenden Abzug aus Afghanistan weiterhin eine dominante Macht in Asien sind. Und Boris Johnson feiert das Abkommen als Erfolg von „Global Britain“ – wobei er ein solches Abkommen auch als EU-Mitglied hätte schließen können.

Australien hat eine strategische Positionierung vollzogen: Es gibt geopolitischen Interessen und freiheitlichen Grundsätzen Vorrang vor Wirtschaftsinteressen. Es fügt sich in eine neue Containment-Politik gegenüber China. In Ostasien bildet sich eine neue Sicherheitsarchitektur, die aus fünf überlappenden Elementen besteht: AUKUS, die Quad (USA, Japan, Südkorea, Indien), die traditionellen bilateralen Beistandsabkommen der USA mit Japan und Südkorea, das Sonderverhältnis der USA zu Taiwan und die nachrichtendienstliche Kooperation unter Five Eyes (AUKUS plus Kanada und Neuseeland). Ein Blick auf den Globus genügt, um zu erkennen, dass jeder Versuch, ein weiteres Ausgreifen Chinas im Südchinesischen Meer einzudämmen, die Kooperation Australiens erfordert. Die direkten Anrainer, die ebenfalls territoriale Ansprüche im Südchinesischen Meer geltend machen



und vom Internationalen Gerichtshof 2016 sogar Recht bekamen, sind zu schwach, um sich gegen ein übermächtiges China zu behaupten. China erhält nun die Quittung dafür, was es seit etwa zehn Jahren mit dem Auf- und Ausbau der Atolle im Südchinesischen Meer angerichtet hat. China hat den Bogen überspannt. Es hatte darauf vertraut, ökonomische Abhängigkeiten ließen in politische Abhängigkeiten ummünzen. Australien hat diesem Ansatz prinzipiellen Widerstand geleistet – selbst auf das Risiko hin, schmerzhaftes Handelseinbußen hinnehmen zu müssen.

Weshalb dieses Abkommen gerade jetzt?

Lieferfristen und Kosten drohten sich im Abkommen mit Frankreich ins Unendliche zu verschieben. Für Australien war ausschlaggebend, auf diese Weise in absehbarer Frist U-Boote zu erhalten, die praktisch nicht mehr zu orten sind und unbegrenzt im Einsatz bleiben können, während dieselgetriebene U-Boote maximal drei bis vier Wochen getaucht bleiben können.

Der Zeitpunkt für diesen Umschwung ist so günstig wie nie: Sowohl Großbritannien wie die USA entwickeln neue Generationen von nukleargetriebenen U-Booten (Dreadnought- und Columbia-Class, Astute- und Virginia-Class). Australien erhält U-Boote mit modernster Technologie und Ausstattung. Die neuen U-Boote sollen in Australien gebaut werden; die Reaktoraggregate dürften zunächst fertig angeliefert werden. Für Großbritannien und die USA ergeben sich Kostenvorteile, weil sie Komponenten, die sie für ihre neueste U-Boot-Flotte ohnehin entwickeln müssen, mit leichten Modifikationen und in größerer Stückzahl für Australien bauen können.

Noch ist unklar, ob der Technologietransfer den Bau der Antriebsreaktoren einschließt. In Großbritannien war dies vor sechzig Jahren so: Der erste Reaktor wurde aus den USA geliefert, die nächstfolgenden in Großbritannien gebaut. Australien hatte schon gegenüber Frankreich auf umfassendem Technologietransfer bestanden; es wird ähnliche Forderungen gegenüber seinen neuen Partnern durchgesetzt haben. Es macht wenig Sinn, eine U-Boot Flotte zu betreiben, wenn die eigenen Techniker und Ingenieure fehlen, den reibungslosen Betrieb dieser Reaktoren zu gewährleisten. Wer aber den sicheren Betrieb eines Reaktors gewährleisten soll, muss wissen, wie er funktioniert und wie er konstruiert ist. Es ist schwer vorstellbar, dass Australien sich mit einer Lösung zufriedengibt, die hinter dem zurückbleibt, was die USA vor 63 Jahren Großbritannien zugestanden haben - das erste und bislang einzige Mal, dass die USA bereit waren, einen Verbündeten an dieser Technologie teilhaben zu lassen.

Australien will keine strategischen U-Boote mit Interkontinentalraketen bauen, sondern Jagd-U-Boote mit konventionell bestückten Waffen (Torpedos, Marschflugkörper, Drohnen). Keinesfalls werden die jetzt geplanten Boote vor 2030 einsatzfähig sein. Es werden keine zwölf Boote, aber mindestens vier Boote gebaut werden, um eine dauerhafte Präsenz auf See zu garantieren; nach unbestätigten Gerüchten sollen acht Boote gebaut werden – also zwei mehr als die sechs, die sie ersetzen sollen. Zu einem Stückpreis von schätzungsweise 10 Mrd. € wird diese Beschaffung kaum teurer werden als die Gesamtkosten für die jetzt abbestellten zwölf Barracuda-Boote.



Nicht-Verbreitung

Der Südpazifik hat sich 1986 zur Nuklearwaffenfreien Zone erklärt (Vertrag von Rarotonga). Daran ändert der jetzt geschlossene Vertrag nichts, weil die australischen U-Boote nicht mit Nuklearwaffen bestückt werden. Ihre Reaktoren werden jedoch mit stark angereichertem Uran betrieben. Das ist nicht waffentauglich (Anreicherungsgrad: 50%; waffentaugliches Uran muss zu 90% aus U-235 bestehen), aber es ist ein Isotop, dessen Einsatz in anderen Ländern mit Argusaugen betrachtet wird: Deutschland hatte deshalb erhebliche Schwierigkeiten mit der Forschungsneutronenquelle in Garching; im Iran gilt ein solcher Anreicherungsgrad als Verstoß gegen das (inzwischen von den USA gekündigte) Atomabkommen JCPOA.

Australien verfügt über die mit Abstand größten Uranressourcen der Welt (1,4 Mio t; das ist mehr als die nächsten drei Förderländer Kanada, Kasachstan und Namibia zusammen). Es hat jedoch bisher auf jegliche Nutzung von Kernenergie verzichtet. Dieser Verzicht bleibt in der australischen Öffentlichkeit umstritten. Damit ist die bestehende Hürde gegen nukleare Proliferation im Südpazifik nicht eingerissen. Aber sie ist niedriger geworden. Wir übersehen in Europa die enormen Proliferations- und Konfliktgefahren in Asien: Dort liegen sechs (demnächst mit dem Iran sieben) von insgesamt zehn Nuklearmächten. Und mit Südkorea, Japan, Taiwan und Australien stehen allein in Ostasien mindestens vier Staaten bereit, in einer Krisensituation binnen weniger Jahre, wenn nicht Monate, Nuklearwaffen entwickeln zu können.

Ökonomische Folgen

Australien muss damit rechnen, dass China mit harten Sanktionen reagieren wird. Hier wittert Großbritannien eine Chance und hofft, sich damit eine zusätzliche Chance für eine handelspolitische Rückkehr in den Asiatisch-Pazifischen Raum zu eröffnen. Es hat formal um Aufnahme in das CPTPP (Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership) nachgesucht. Am 17. September hat China das Gleiche getan – vermutlich in der Absicht, die Sicherheits- und Handelsinteressen der derzeitigen Mitglieder auszutesten. China hält eine dominierende Position in anderen asiatischen Regionalabkommen wie im RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership), in der ADB (Asian Development Bank), der SCO (Shanghai Cooperation Organisation), in APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation), auf dem EAS (East Asian Summit) und auf dem ARF (Asian Regional Forum). China hat es geschafft, seine asiatischen Nachbarn in den letzten zwanzig Jahren zunehmend in wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit zu bringen, sei es durch Exporte, durch Investitionen, oder als wichtiger Absatzmarkt. Selbst Taiwan käme wirtschaftlich ins Taumeln, wenn es die umfangreiche ökonomische Kooperation mit dem Festland verlöre.

Insofern markiert AUKUS eine grundsätzliche Kehrtwende. Die amerikanische Politik des decoupling wird fortgesetzt und nimmt weiter Fahrt auf. Der Druck, wirtschaftliche Interesse hinter politisch-militärischen Sicherheitsinteressen und grundlegenden systemischen Konflikten zurücktreten zu lassen, wird sich verstärken. Diese Dynamik wird auch vor europäischen Handelspartnern Chinas nicht Halt machen.

1989/90 ging mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion das Zeitalter des Kalten Kriegs zu Ende. 2021 begann mit der sich verhärtenden Konfrontation zwischen China und einem zusammenrückenden Bündnis seiner Nachbarn unter der Führung der USA eine neue Epoche der Konfrontation, nur liegen dieses Mal die Konfliktlinien in Ostasien.



Für Europa bedeutet dies: Das geopolitische Interesse der USA verlagert sich noch eindeutiger nach Asien. Der pivot, von dem Obama gesprochen hat, vollzieht sich weiter in nahtloser Kontinuität selbst über das Ende der Trump-Präsidentschaft hinaus. In Washington wird weniger Aufmerksamkeit, weniger Verständnis, weniger Entschlossenheit und weniger Risikobereitschaft für Europa bleiben.

Wenn aber der Pazifik zum Fokus amerikanischer Sicherheitsinteressen wird, wird das Interesse an einem atlantischen Sicherheitsbündnis geringer. Sicherheits- und Handelsinteressen sind unauflöslich verflochten. Der Handel im Indopazifik droht den Transatlantikhandel zu überflügeln. Hier liegt die geopolitische Kontinentaldrift, die die sicherheitspolitischen Gewichte langsam, aber unaufhaltsam neu austariert. AUKUS könnte mittelfristig der NATO das Wasser abgraben. Denn der neue Gegner Nummer eins heißt in Washington längst nicht mehr Moskau, sondern Peking.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Dr. Rudolf G. Adam war fast vierzig Jahre lang Diplomat. Sein letzter Dienstposten war die Botschaft London, die er ein Jahr lang vor seiner Pensionierung im Jahre 2014 leitete. Im Inland diente er unter anderem Bundespräsident Richard von Weizsäcker als Redenschreiber, war Vizepräsident des BND und Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.

Dr. Adam hat einen Lehrauftrag in München, publiziert in verschiedenen deutschen und englischen Medien und hat drei Bücher über den Brexit verfasst. Er ist gefragter Vortragsredner und Senior Consultant in einer internationalen Beratungsfirma.



Dr. Rudolf G. Adam